

VCI-Analyse und -Bewertung der Europawahl-Programme 2019 der sechs größten deutschen Parteien

Nachdem alle Wahlprogramme der sechs größten deutschen Parteien veröffentlicht waren, hat der VCI die einzelnen Wahlprogramme ausgiebig anhand eines breiten Themenspektrums analysiert und bewertet. Die Analyse beinhaltet die folgenden Themenfelder: Zukunft der EU, Industrie, Handel, Energie und Klima, Umwelt, Gesundheit, Landwirtschaft, Forschung und Innovation, Digitalisierung, Verkehr und Infrastruktur sowie Nachhaltigkeit.

Die Analysen der Wahlprogramme durch den VCI stellen **ausdrücklich keine Wahl-empfehlung** dar. Sie wurden mit der Intention erstellt und veröffentlicht, die Forderungen der Parteien aus dem Blickwinkel des VCI zu bewerten und auf die möglichen Auswirkungen der europapolitischen Vorhaben der untersuchten Parteien auf die Chemieindustrie hinzuweisen.

Die Parteien sind im Folgenden anhand der aktuellen Sitzstärke im Europäischen Parlament gereiht. Diese Reihenfolge stellt also keine Präferenz des VCI dar.

Inhaltsverzeichnis

1. VCI-Bewertung des Europawahl-Programms 2019 der CDU/CSU : „ <i>Unser Europa macht stark. Für Frieden, Sicherheit und Wohlstand.</i> “	2
2. VCI-Bewertung des Europawahl-Programms 2019 der SPD : „ <i>Kommt zusammen und macht Europa stark!</i> “	5
3. VCI-Bewertung des Europawahl-Programms 2019 von Bündnis 90/Die Grünen : „ <i>Europas Versprechen erneuern.</i> “	8
4. VCI-Bewertung des Europawahl-Programms 2019 der Linken : „ <i>Für ein solidarisches Europa der Millionen, gegen eine Europäische Union der Millionäre</i> “	11
5. VCI-Bewertung des Europawahl-Programms 2019 der FDP : „ <i>Europas Chancen nutzen: Mut zur Veränderung</i> “	14
6. VCI-Bewertung des Europawahl-Programms 2019 der AfD : „ <i>Für ein Europa der Freiheit</i> “	17

1. VCI-Bewertung des Europawahl-Programms 2019 der CDU/CSU: „Unser Europa macht stark. Für Frieden, Sicherheit und Wohl- stand.“

ZUSAMMENFASSUNG

Die Union bekennt sich zum europäischen Einigungswerk und möchte den erreichten Integrationsstand wahren und mit einzelnen Reformvorschlägen fortentwickeln. Sie sehen Europa am Scheideweg stehen: Herausgefordert von innen wie von außen, muss die EU nun Antworten finden und den Bürgern in einer sich verändernden Welt Gewissheit und Schutz geben. Im Zentrum steht dabei der Aufbau eines selbstbewussten Europas, das allen Bürgern dient.

Der Kernansatz der wirtschaftspolitischen Forderungen der Union zielt auf die Stärkung der sozialen Marktwirtschaft ab: Dazu gehören der Binnenmarkt als Wohlfundsmotor und moderne Handelsabkommen im Rahmen der WTO. Für die Klima- und Umweltschutzpolitik schlagen sie vor, Ökonomie und Ökologie stärker zusammen zu denken: Das heißt, auf kosteneffiziente Maßnahmen setzen, auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie achten und stärker nach europäischen und internationalen Lösungen suchen. Der Aufbau einer europäischen Innovationsunion nimmt darüber hinaus eine zentrale Rolle ihrer EU-Politik ein. Wichtig ist dabei, die Schlüsseltechnologien der Zukunft technologieneutral zu fördern und die Technologieführerschaft europäischer Unternehmen zu sichern.

1. Zukunft Europas

Die Union bekennt sich klar zum Europäischen Einigungswerk. Sie möchte den erreichten Integrationsstand wahren und mit einzelnen Reformvorschlägen fortentwickeln.



2. Industriepolitik

Die CDU/CSU setzt auf die Stärkung des Binnenmarktes als Wohlfundsmotor. Ein freier Wettbewerb kombiniert mit guten Rahmenbedingungen für die Wirtschaft wird als zentral erachtet. Der Bürokratieabbau wird in den Fokus genommen.



3. Handelspolitik

Die Union setzt sich für freien und fairen Handel im Rahmen der WTO sowie für weitere Verhandlungen von modernen und transparenten Handelsabkommen ein. Der VCI begrüßt auch die angestrebte Neubelebung der transatlantischen Beziehungen unter stärkerem Einsatz von Europa. Auf bestimmte sensible handelspolitische Themen (Investitionsschutz, Nachhaltigkeitsgipfel) geht die CDU/CSU nicht ein.



4. Energie- und Klimapolitik

Die Union verfolgt das Ziel Wirtschaftswachstum und Klimaschutz in Einklang zu bringen, mit einer vernünftigen und sachlichen Vorgehensweise. Der VCI stimmt dem Ansatz zu, durch Innovation und globale Lösungen einen wirksamen Klimaschutz zu erzielen, anstatt auf einseitige und starre Zielsetzungen zu setzen. Die Hervorhebung zentraler Leitprinzipien, wie Kosteneffizienz und Wettbewerbsfähigkeit, für die europäische Energieversorgung ist aus Industriesicht zu begrüßen.



5. Umweltpolitik

Es ist zu begrüßen, dass die Union ein gemeinsames Denken von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz und europäische und internationale Ansätze beim Umweltschutz fordert. Das Thema Kunststoffe wird allerdings sehr einseitig negativ gesehen. Da die EU-Kommission schon Anfang 2018 ihre Kunststoffstrategie vorgelegt hat, sind die Pläne der CDU/CSU für eine solche Strategie veraltet.



6. Gesundheitspolitik

Die Forderungen im Bereich der medizinischen Forschung werden vom VCI unterstützt. Die Aussagen zur Innovation und zur Einhaltung der Gesundheitsstandards sind positiv. Leider ist die Gesundheitspolitik im Wahlprogramm der Union insgesamt sehr kurz gefasst.



7. Landwirtschaftspolitik

Die Union für eine traditionelle und EU-harmonisierte Agrarpolitik, möchte aber auch Anreize für eine Digitalisierung der Landwirtschaft setzen.



8. Forschungs- und Innovationspolitik

Ziel der Union ist eine Innovationsunion, die weltweit führend bei Schlüsseltechnologien ist und in der Spitzenforschung vorangeht. Ferner fordern CDU/CSU europaweit bessere Bedingungen zur Start-Up-Finanzierung sowie eine Stärkung von „Horizont Europa“.



9. Digitalisierungspolitik

Um die Chancen der Digitalisierung zu ergreifen, möchte die Union auf die strategische Förderung von digitalen Schlüsseltechnologien setzen. Positiv ist auch die Ambition, die industrielle Technologieführerschaft weiter auszubauen und proaktiv digitale Champions in allen Größen in Europa zu unterstützen. Die Einführung einer Digitalsteuer soll nur global und innerhalb der



EU abgestimmt erfolgen. Der VCI begrüßt das Bekenntnis gegen nationale Alleingänge bei der Einführung von Steuern für digitale Geschäftsmodelle, die den digitalen Wandel der Unternehmen behindern.

10. Verkehrs- und Infrastrukturpolitik

Die Verkehrs- und Infrastrukturpolitik der Union baut auf einen europaorientierten Ansatz auf: Sie erkennt die Notwendigkeit einer engen grenzüberschreitenden Absprache, um effiziente und unterschiedlicher Lösungen für zukünftige Mobilitätskonzepte voranzutreiben. Zu unterstützen ist zudem die technologieoffene Herangehensweise zwischen verschiedenen Verkehrsträgern.



11. Nachhaltigkeitspolitik

Die Ansätze der CDU/CSU zum Thema Nachhaltigkeit werden vom VCI geteilt. Es wird eine Weiterentwicklung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie sowie die Umsetzung der SDGs auf EU-Ebene gefordert und Ökonomie und Ökologie sollen zusammen gedacht werden.



2. VCI-Bewertung des Europawahl-Programms 2019 der SPD: *„Kommt zusammen und macht Europa stark!“*

ZUSAMMENFASSUNG

Die SPD glaubt an ein handlungsfähiges Europa, das aktive Wirtschaftspolitik betreibt, mit dem Anspruch einer demokratischen, sozialen und ökologischen Steuerung. Insbesondere bei den großen Zukunftsaufgaben sieht sie die EU in der Führungsrolle und will die soziale und politische Integration vorantreiben. Zudem will sie in den Zusammenhalt Europas investieren, den sie derzeit als gefährdet sieht, und die europäische Demokratie stärken. Insgesamt zeichnet sich das Wahlprogramm durch eine sehr pro-europäische Haltung aus.

Die SPD setzt sich für eine strategische und nachhaltige Industriepolitik mit grenzüberschreitenden Modellprojekten ein. Dabei spielen insbesondere intensivierete Maßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung eine wichtige Rolle, um die Innovationskraft der EU zu verbessern. Der handelspolitische Ansatz bekennt sich zu einem offenen und regelbasierten Weltmarkt, sieht aber den Bedarf nach mehr sozial-ökonomischer Regulierung. Die Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen will sie insgesamt ambitionierter und sozialverträglich gestalten, setzt aber gleichzeitig auf die Erhaltung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit. Die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Gesundheit, Nahverkehr und Infrastruktur darf nicht allein dem Markt überlassen werden, weswegen die SPD für verbindliche und klare Regeln plädiert.

1. Zukunft Europas

Die SPD tritt für eine starke Europäische Union ein und möchte insbesondere die sozialpolitische Komponente stärken. Zu bedauern ist, dass sie die gegenwärtige Union als kaltes, neoliberales Konstrukt beschreibt. Die Vorteile des Binnenmarktes werden ignoriert. Auch wenn die Ausrichtung an verschiedenen Stellen Anlass zur Sorge gibt, ist zu begrüßen, dass sich intensiv damit auseinander gesetzt wird, das Integrationsprojekt weiterzuentwickeln. Leider fehlen konstruktive Ideen für eine Weiterentwicklung des Binnenmarktes.



2. Industriepolitik

Die SPD spricht sich für einen offenen, fairen und regelbasierten Weltmarkt aus. Die hierfür verfolgten Ansätze bestehen hauptsächlich aber aus sozial-ökonomischen Regulierung. Leider fehlt das Bekenntnis der SPD, weitere bilaterale Freihandelsabkommen anzustreben. Der Ansatz der SPD ist nicht immer konsistent.



3. Handelspolitik

Die SPD spricht sich richtigerweise für einen offenen, fairen und regelbasierten Weltmarkt aus. Die hierfür verfolgten Ansätze bestehen hauptsächlich aber aus sozial-ökonomischen Regulierung. Leider fehlt das Bekenntnis der SPD, weitere bilaterale Freihandelsabkommen anzustreben.



4. Energie- und Klimapolitik

Die SPD stellt sich hinter eine ehrgeizige Klimaschutzpolitik, die jedoch gleichzeitig die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sichern soll. VCI begrüßt, dass sie dabei auf bestehende Instrumente wie den Emissionshandel setzen möchte, sowie, dass die Bedürfnisse der Industrie in den energiepolitischen Ansätzen stets berücksichtigt werden. Begrüßenswert ist ebenfalls das Vorhaben, Wasserstoff-Technologien europaweit weiterzuentwickeln.



5. Umweltpolitik

Eine sozialverträgliche Ausgestaltung von Umweltschutzmaßnahmen und die Forderung nach einem ambitionierten Vorgehen gegen Meeressmüll sind zu begrüßen. Die SPD hat im Bereich Umwelt einen starken Fokus auf das Thema Kreislaufwirtschaft. Dabei geht es aber vorwiegend um das (werkstoffliche) Recycling von Kunststoffen. Es ist zu bedauern, dass die SPD einseitig das Vorsorgeprinzip betont und das Innovationsprinzip außer Acht lässt.



6. Gesundheitspolitik

Die SPD spricht lediglich den Anspruch auf Gesundheitsversorgung an. Innovationen im Bereich der Gesundheit bleiben unausgesprochen. Darüber hinaus spricht sich die SPD klar gegen die Privatisierung des Gesundheitssektors aus.



7. Landwirtschaftspolitik

Die SPD bekennt sich zu den Leistungen der Landwirtschaft, z.B. der Herstellung gesunder Lebensmittel, der nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume und fordert Maßnahmen zum Erhalt der Biodiversität. Die negative Rhetorik gegenüber Pflanzenschutzmitteln und pauschale Kritik an sogen. landwirtschaftlichen Großkonzernen werden vom VCI klar abgelehnt.



8. Forschungs- und Innovationspolitik

Der VCI begrüßt die ambitionierten Maßnahmen der SPD, Europa zur treibenden Innovationskraft zu machen. Positiv ist auch die explizite Aussprache zur Stärkung des europäischen Forschungsrahmen-programms. Die Forderungen zur Forschung und Innovationen adressieren aber hauptsächlich die Bereiche der Digitalisierung und Geistes- und Sozialwissenschaften. Die Innovationsförderung im Bereich der Naturwissenschaften wird nicht angesprochen.



9. Digitalisierungspolitik

Die Digitalpolitik der SPD zeichnet sich durch einen ausgeglichenen Ansatz zwischen sozialen und wirtschaftlichen Bestrebungen aus. Einerseits zielen viele ihrer Vorschläge auf eine Stärkung des digitalen Schutzes ab, z.B. in Bezug auf Arbeitnehmer, Verbraucherdaten oder Cybersicherheit. Andererseits erkennt die SPD die Chancen der Digitalwirtschaft und setzt sich für die stärkere grenzüberschreitende Nutzung non-personalisierter Daten und für die Stärkung der KI-basierten Forschung ein. Die Einführung einer Mindestbesteuerung digitaler Unternehmen lehnt der VCI jedoch ab, da sie dem Ziel die Digitalisierung der Unternehmen voranzutreiben widerspricht.



10. Verkehrs- und Infrastrukturpolitik

Die SPD möchte eine moderne Verkehrs- und Infrastrukturpolitik vorantreiben, die sozialen, ökonomischen und ökologischen Ansprüchen gerecht wird. Zu begrüßen ist der ausdrückliche Wunsch, eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur sicherzustellen und leistungsfähige Verkehrswege der Wirtschaft und der Industrie bereitzustellen. VCI begrüßt insbesondere den europäischen Ansatz sowie die Anerkennung der Logistikbedürfnisse der Industrie.



11. Nachhaltigkeitspolitik

Das Thema Nachhaltigkeit findet bei der SPD in allen Politikbereichen Anklang. Die SDGs werden als Leitbild des europapolitischen Handels verstanden. Es ist zu begrüßen, dass die SPD die Bereiche Umwelt, Soziales sowie die Wirtschaft in ihr Nachhaltigkeitskonzept einbezieht und gemeinsame Anstrengungen auf internationaler Ebene fordert.



3. VCI-Bewertung des Europawahl-Programms 2019 von Bündnis 90/Die Grünen: „Europas Versprechen erneuern.“

ZUSAMMENFASSUNG

Die Grünen bekennen sich zu europäischen Lösungen und einem vereinten Europa, grundsätzlich abseits von Nationalismus. Der Fokus grüner EU-Politik ist auf den Kernansatz ausgelegt, eine ökologische und sozial gerechte Gesellschaft zu ermöglichen. Die EU soll Vorreiter im Klimaschutz werden und ihre hohen Umweltstandards durch die Handelspolitik international verbreiten. Zu bedauern ist, dass die Industrie nicht als aktiver Problemlöser und Partner erkannt wird. Statt dem Schaffen von positiven Anreizen für freie Innovation geben die Grünen zum Teil weitgehend regulatorischen Eingriffen den Vorzug. Ebenso finden nachteilige Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie keine Beachtung. Stattdessen werden industrielle Konzerne oft kategorisch als Gefahr für eine sozialökologische Marktwirtschaft dargestellt.

Die Berücksichtigung von Nachhaltigkeit zieht sich quer durch die konkreten Vorschläge – jedoch mit einer zu einseitigen Betonung auf die Ökologie, die teilweise zur Vernachlässigung von ökonomischen und sozialen Aspekten führt. Auch Ansätze der Technologieneutralität und der Kosteneffizienz kommen in der Erreichung der vorrangigen Klimaschutzziele zu kurz. Zudem widersprechen die Ansätze teilweise dem zugrundeliegenden und einheitlichen EU-Gedanken, indem auf nationale oder regionale Lösungen zurückgegriffen wird, z.B. die Einführung eines regionalen CO₂-Mindestpreises.

1. Zukunft Europas

Die Grünen bekennen sich grundsätzlich zum europäischen Einigungswerk und möchten die Europäische Union fortentwickeln. Ungeachtet von zum Teil abweichender Positionen zu Einzelvorschlägen, erkennt der VCI dieses Bemühen um das gemeinsame Europa an.



2. Industriepolitik

Die Industrie wird nicht als aktiver Problemlöser und Partner erkannt. Statt dem Schaffen von positiven Anreizen für Innovationen geben die Grünen z.T. weitgehend regulatorischen Eingriffen den Vorzug. Die Unterstützung für KMUs ist wichtig, der deutsche (industrielle) Mittelstand wird aber nicht konkret adressiert. Fokus grüner KMU-Politik ist darauf ausgelegt, diese Unternehmen kleinstrukturiert zu halten und nicht dabei zu unterstützen, die Chancen von Binnenmarkt oder Weltmarkt zu nutzen.



3. Handelspolitik

Die Grünen geben vor, für einen offenen Welthandel zu sein, wollen ihn aber streng sozial-ökologisch regulieren. Schwerpunkte "grüner" Handelspolitik sind die Sanktionierung von Unternehmen und die Durchsetzung europäischer Nachhaltigkeitsstandards. Sie betrachten bilaterale Freihandelsabkommen primär als Gefahr für schwächere Staaten; EU-Japan, CETA und die Verhandlungen zu Mercosur werden abgelehnt.



4. Energie- und Klimapolitik

Ein weitgefasster Klimaschutz macht die zentrale Priorität des Wahlprogrammes der Grünen aus. Die Vorschläge beachten jedoch weder das Prinzip der Kosteneffizienz, der Machbarkeit und der Technologieneutralität noch sehen sie Kompensationsmaßnahmen im Rahmen steigender Umweltschutzkosten für die Industrie vor. Der teilweise national gedachte Ansatz bedroht nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Europa, sondern auch die Schlagkraft eines effektiven Klimaschutzes.



5. Umweltpolitik

Die nationale Umsetzung und Durchsetzung von Umweltrecht in der EU, die Unterstützung der Aktivitäten zum Ausbau der zirkulären Wirtschaft sind zwar im Grundsatz, genau wie die Forderung nach verstärktem EU-Engagement gegen Meeresmüll auf globaler Ebene, zu begrüßen. Der VCI bedauert aber die deutlich zu einseitige Festlegung auf ordnungsrechtliche Elemente, wie pauschale Verbote und Steuern, und die zu starke Fokussierung auf das klassische mechanische Recycling mit wiederum starkem Fokus auf Kunststoffe. Der VCI plädiert für technologieoffene Ansätze auch im Bereich der Abfallverwertung, die explizit das chemische Recycling mit einbeziehen. Eine Ausweitung des EU-Verbandsklagerechts lehnen wir ab.



6. Gesundheitspolitik

Positiv zu bewerten ist die Schaffung eines europäischen Mindeststandards im Gesundheitssystem, sowie die Förderung von Austausch und Transparenz. Allerdings wird zu allgemein über die Einflussnahme der Pharmaindustrie geurteilt.



7. Landwirtschaftspolitik

Der Schutz von Biodiversität und der Einsatz gegen die Lebensmittelverschwendung sind zwar zu begrüßen, eine rein ökologische Landwirtschaft ist zur Lebensmittelproduktion aber nicht ausreichend und würde einen erheblichen Flächen- und Wasserverbrauch verursachen. Innovationen der



industriellen Landwirtschaft und eine nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, auch zum Schutz der Biodiversität, bleiben weitgehend unberücksichtigt.

8. Forschungs- und Innovationspolitik

Der VCI begrüßt das Ziel, Europa zum Standort von Innovation und Forschung zu machen. Dennoch ist hier Vorsicht geboten: Die klare Ablehnung der Gentechnik, die Ablehnung des Innovationsprinzips und die dirigistisch ausgerichtete Industriepolitik stellen klare Innovationshemmnisse dar.



9. Digitalisierungspolitik

In der Digitalisierung wird ein Mittel zum Zweck gesehen, Ökonomie und Ökologie stärker zusammenführen. Der VCI begrüßt den europaorientierten Ansatz in Bezug auf Datenschutz, Infrastruktur und Forschung. Frühzeitige Eingriffe in die Marktregulierung sowie die Einführung einer Digitalsteuer lehnt der VCI aufgrund der negativen Effekte auf die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen ab.



10. Verkehrs- und Infrastrukturpolitik

Die Zielsetzung sowohl eines harmonisierten grenzüberschreitenden Verkehrssystems als auch eines Digitalbinnenmarktes ist zu begrüßen. Maßnahmen im Schienengüterverkehr sind positiv, auch wenn die Beförderung im Straßen- und Schiffsverkehr für den VCI ebenso bedeutend ist.



11. Nachhaltigkeitspolitik

Die Berücksichtigung der SDGs als fundamentale Säule der Nachhaltigkeitspolitik ist begrüßenswert. Allerdings muss Nachhaltigkeit als ein ganzheitliches Konzept betrachtet werden, weswegen eine einseitige Betonung der Ökologie zu Lasten der ökonomischen und sozialen Dimension nicht stattfinden darf. Das gleiche Prinzip gilt auch bei der stärkeren Einbindung finanzpolitischer Instrumente zur Erreichung umwelt- und klimapolitischer Ziele (nachhaltige Finanzierung).



4. VCI-Bewertung des Europawahl-Programms 2019 der Linken: *„Für ein solidarisches Europa der Millionen, gegen eine Europäische Union der Millionäre“*

ZUSAMMENFASSUNG

Die Linke stellt sich hinter die europäische Idee von sozialer Gerechtigkeit und internationaler Solidarität, äußert jedoch scharfe Kritik an der derzeitigen neoliberalen Politik, der Privatisierung, dem Sozialabbau und der Marktradikalisierung. Sie fordert ein neues Gesamt-Konzept für eine demokratisch kontrollierte, ökologische und sozial gerechte Zukunftswirtschaft in Europa. Sie will an erster Stelle eine Neuformierung der EU Wirtschaftspolitik, die den Binnenmarkt durch die Sozialunion ergänzt und sich die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zum Ziel setzt.

Die Linke will einen sozial-ökologischen Umbau der Industrie, der zu einem großen Teil von Unternehmen finanziert werden soll. Die weitgefassete Sozialpolitik wird zur Zielerreichung vieler Handlungsfelder gemacht, wie die Handels- oder Energiepolitik, und übergeht dabei oft zentrale Herausforderungen der Industrie. Die Interessen der Privatwirtschaft werden stark pauschalisiert und als schädlich für Umwelt, Markt und Verbraucher bezeichnet und erhalten keine proaktive Unterstützung seitens linker Politik. Stattdessen will sie durch Verstaatlichung und strenge Regulierung die Einflussnahme der Industrie beschränken. Das Potenzial der Industrie, innovative Umwelt- und Klimatechnologien zu entwickeln, wird nicht berücksichtigt.

1. Zukunft Europas

Die Linken kritisieren das rechte Ängsteschüren gegenüber dem EU-Projekt. Gleichzeitig skizzieren sie die EU als ein von Lobbyisten getriebenes neoliberales Projekt und rufen ggf. sogar zum Regelbruch auf, wenn die aus ihrer Sicht ungerechtfertigte Sparpolitik nicht beendet wird. Damit gefährden sie eine zentrale Grundlage der Union - den gemeinsam ausgehandelten Rechtsrahmen: Die EU ist eine Union des Rechts.



2. Industriepolitik

Die Linke fordert eine koordinierte Industriestrategie und nationale sowie regionale industriepolitische Zukunftspläne, die von einer breiten Front von Stakeholdern ausgearbeitet werden soll und vor allem „Verlierer“ des Strukturwandels kompensieren soll. Der weitreichende sozial-ökologische Umbau soll zu einem großen Teil von Unternehmen finanziert werden, deren internationale Wettbewerbsfähigkeit gleichzeitig jedoch beschnitten wird.



3. Handelspolitik

Die Linke lehnt die aktuelle Handelspolitik der EU ab. Unternehmen, Markt, Wettbewerb, Handel und die Verfolgung eigener Wirtschaftsinteressen werden pauschal kritisiert. Die Linke will durch die Handelspolitik vor allem schwächere Partner stärken und Einschränkungen der Wirtschaft verankern.



4. Energie- und Klimapolitik

Der Versuch der Linken, eine zukunftsorientierte Klima- und Energiepolitik zu verabschieden, lässt den zentralen Aspekt der wirtschaftlichen Machbarkeit vermissen. Anstatt auf Innovation und Markt zu setzen, treiben sie Totalverbote und Verstaatlichung an, die wenig Spielraum für Flexibilität und Technologieneutralität lassen. Sie setzen stark auf die Verschärfung des EU-Rechtsrahmens, ohne dabei plausible Wege zur Zielerreichung oder Kostenaspekte zu adressieren.



5. Umweltpolitik

Die Linken haben einen umfassenden und radikalen umweltpolitischen Forderungskatalog. Dieser ist undifferenziert und lehnt freiwillige Vereinbarungen der Industrie ab. Die Industrie wird als klarer Verursacher von Umweltzerstörung betrachtet und muss daher besonders reguliert werden. Die Chemische Industrie steht besonders im Fokus der Linken (Zulassung von Chemikalien, Kunststoffverbote). Das enorme Potenzial der Industrie, innovative und effiziente Umwelt- und Klimatechnologien zu entwickeln, wird nicht berücksichtigt.



6. Gesundheitspolitik

Der VCI unterstützt die Förderung nach Zugang und das Recht auf eine universelle Gesundheitsversorgung für alle. Zur Zielerreichung der Gesundheitspolitik liegt der Fokus aber neben dem Fachkräftemangel zu sehr auf der Entkopplung von Markt und Gesundheitsversorgung sowie dem Regulierungsbedarf von Konzernen und Medikamentenpreisen.



7. Landwirtschaftspolitik

Die Linke fordert eine kleinbäuerliche Landwirtschaftspolitik, die tier-, klima- und umweltgerecht ist. Dass eine nachhaltige und ertragreiche Landwirtschaft auch dank Pflanzenschutzmitteln realisiert wird, wird außer Acht gelassen. Der Einsatz von Chemikalien wird als Bedrohung wahrgenommen. Innovative Ansätze für eine moderne Landwirtschaft fehlen komplett. Wie



schon bei anderen Politikfeldern werden Konzerninteressen als schädlich bezeichnet.

8. Forschungs- und Innovationspolitik

Die Linke setzt sich für eine starke Verbindung der Innovation mit der Sozialpolitik sowie für einen freien Wissenstransfer ein. Allerdings sollte freie Zugänglichkeit von Forschungsergebnissen mit dem Schutz des geistigen Eigentums sowie den vertraulichen Geschäftsinformationen im Einklang sein. Die Kritik an der Einflussnahme von größeren Unternehmen und Verbänden ist zu pauschalisiert und wird nicht vom VCI geteilt.



9. Digitalisierungspolitik

Die linke Digitalpolitik möchte eine Neupriorisierung der EU-Strategie weg vom Binnenmarkt und hin zur Gewährleistung einer solidarischen Digital-Ökonomie sehen. Wesentliche Elemente sind dabei die Verstaatlichung von Infrastruktur und ein offener Zugang zum Internet, um monopolistischen Tendenzen entgegenzusetzen. Der VCI bedauert den teilweise marktfeindlichen Ansatz und lehnt insbesondere Vorschläge ab, wie die Einführung einer Digitalsteuer, die die Etablierung digitaler Geschäftsmodelle für die Industrie erschweren.



10. Verkehrs- und Infrastrukturpolitik

Der Leitsatz der Linken zielt auf die stärkere Einbindung der öffentlichen Kontrolle für die Entwicklung und Sicherstellung von Infrastruktur. Der Schwerpunkt wird überwiegend auf den Personenverkehr gelegt, während der Güterverkehr kaum Berücksichtigung findet. Der VCI lehnt den einseitigen Ansatz in Bezug auf förderfähige Infrastrukturprojekte ab.



11. Nachhaltigkeitspolitik

Zu begrüßen ist, dass die Linke die Umsetzung der SDGs fordert. Eine verpflichtende Umsetzung kann nur dann erfolgen, wenn sich die weltweite Staatengemeinschaft dazu bekennt. Nachhaltigkeit wird aus Sicht der Linken nur durch soziale und ökologische Faktoren bestimmt. Dass die Industrie/Wirtschaft für eine nachhaltige Entwicklung ein zentraler Partner ist, wird aber nicht anerkannt.



5. VCI-Bewertung des Europawahl-Programms 2019 der FDP: „Europas Chancen nutzen: Mut zur Veränderung“

ZUSAMMENFASSUNG

Die FDP möchte zukunftsorientierte Ankerpunkte für eine europafreundliche Politik jenseits der etablierten Machtstrukturen setzen, welches Europa mehr Entschlossenheit bietet, um Chancen hinter Problemen zu erkennen und zu ergreifen. Hierzu zählen mehrere institutionelle Reformen, die auf die Ermächtigung einer demokratischen, transparenten und bürgernahen EU abzielt, wie Maßnahmen zum Bürokratieabbau und die Erweiterung des Initiativrechts auf das Europäische Parlament.

Für die Industrie finden sich sehr begrüßenswerte Einzelmaßnahmen, jedoch fehlt die explizite Ausformulierung einer Industriestrategie. Als äußerst positiv zeigt sich der dargelegte pro-europäische Ansatz, vor allem in den Bereichen der Handels- und Klimapolitik, ohne dabei vorrangige Bestrebungen nach internationalen Lösungen aufzugeben. Während die Umwelt- und Gesundheitspolitik eine nachgelagerte Rolle spielen, setzt die FDP einen klaren Schwerpunkt auf die Digitalpolitik, oft in Zusammenhang mit übergreifenden forschungs- und innovationspolitischen Ansätzen. Es gibt eine explizite Unterstützung für disruptive Technologien, KMUs und die Vision, durch digitale Modernisierung die EU zum global modernsten und innovativsten Raum weiterzuentwickeln.

1. Zukunft Europas

Die FDP ist eine klar pro-europäische Stimme und tritt für europäische Reformen ein. Ihr Ziel ist eine dezentrale, bundesstaatlich verfasste Union mit klarer Aufgabenteilung zwischen EU und nationaler Ebene. Gerade bei Zukunftsthemen wie der Forschungs-, Innovations- und Digitalisierungspolitik misst die FDP der EU eine wichtige Rolle zu.



2. Industriepolitik

Das Programm setzt auf die Vollendung des Binnenmarktes, die Förderung des Investitionsklimas und begrüßenswerte Anpassung der KMU-Definition an die Lebensrealität – die aus VCI-Sicht noch ambitionierter ausfallen sollte. Der VCI begrüßt ebenfalls den pragmatischen Ansatz der FDP in der Steuerpolitik. Bessere Rechtsetzung, Bürokratieabbau sowie Forschung und Innovation wird ein zentraler Stellenwert beigemessen. Für die Industrie finden sich sehr begrüßenswerte Einzelmaßnahmen, jedoch fehlt die explizite Ausformulierung einer Industriestrategie.



3. Handelspolitik

Der VCI bewertet den Schwerpunkt der FDP, für einen weltweit offenen und regelbasierten Freihandel zu sein, als äußerst positiv. Hierfür ist der dargelegte europäische Ansatz der richtige Weg. Ebenfalls zu begrüßen ist, dass die FDP auf die Stärkung der WTO und auf bilaterale Handelsabkommen setzt.



4. Energie- und Klimapolitik

Die FDP setzt stark auf die Leitprinzipien von Innovation und Wettbewerb. Der VCI begrüßt die ausgeglichene Betrachtung von Klimaverträglichkeit und Versorgungssicherheit in der Energiepolitik und den Ansatz, globalen Lösungen den Vorrang in der Klimapolitik einzuräumen. In der Abwesenheit einer globalen CO₂-Bepreisung, sollte die Lenkungswirkung des Emissionshandels gestärkt werden. Eine Ausdehnung des ETS Systems auf weitere Sektoren hält VCI jedoch klimapolitisch nicht für zielführend und würde zu einer Verschärfung des Carbon-Leakage-Risikos für die im internationalen Wettbewerb stehenden Industrie führen.



5. Umweltpolitik

Die FDP vertritt eine industriefreundliche Umweltpolitik, kleinere Unternehmen sollen entlastet werden und Natura 2000-Gebiete verhältnismäßig eingesetzt werden. Beim Kampf gegen Plastikmüll im Meer soll Europa eine globale Vorreiterrolle spielen.



6. Gesundheitspolitik

Das Wahlprogramm der FDP enthält kein gesondertes Kapitel zur Gesundheitspolitik. Dennoch sind die knapp genannten Forderungen, wie die Weiterentwicklung neuer Gesundheitstechnologien, als positiv zu bewerten.



7. Landwirtschaftspolitik

Die FDP steht für eine progressive und moderne Landwirtschaftspolitik. Die Partei sieht erhebliche Vorteile einer Landwirtschaft 4.0 und setzt sich für innovative Forschung und Technik ein. Begrüßenswert ist zudem die Forderung eines vereinfachten EU-Zulassungsverfahrens für Pflanzenschutzmittel, das auf neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht.



8. Forschungs- und Innovationspolitik

Die FDP erkennt richtigerweise die Notwendigkeit an, Innovation und Forschung europaweit voranzutreiben. Begrüßenswert sind insbesondere die Förderung von Start-Ups und die explizite Aufzählung von Schwerpunktbereichen in Horizont Europa, wie etwa die Chemie und die Biotechnologie. Ebenso hat sich die FDP zum konstruktiven Ziel gemacht, den Technologiedialog mit der Bevölkerung zu stärken.



9. Digitalisierungspolitik

Die FDP setzt einen klaren Schwerpunkt auf die Modernisierung des Rechtsrahmens zur Vollendung des Digitalbinnenmarkts. Richtigerweise erkennt das Programm die Notwendigkeit eines innovationsfreundlichen Ansatzes in Bezug auf Forschung, Bürokratieabbau und digitale Geschäftsmodelle, um die digitale Transformation voll auszuschöpfen. Der VCI begrüßt die Initiativen zur Stärkung der Cyber- und Datensicherheit als wesentliche Standortvorteile für die Industrie 4.0.



10. Verkehrs- und Infrastrukturpolitik

Die FDP möchte in Europa die Voraussetzungen schaffen, um den steigenden Anforderungen des Verkehrs gerecht zu werden. Besserer Wettbewerb, Setzen auf Digitalisierung und Vernetzung der Verkehrsteilnehmer, Planungsbeschleunigung sind dabei wichtige Voraussetzungen. Dort, wo die nationalen Anstrengungen nicht ausreichen, sollte der europäische Haushalt Mittel zur Finanzierung des grenzüberschreitenden Infrastrukturaufbaus bereitstellen.



11. Nachhaltigkeitspolitik

Die kritische Betrachtung der EU-Legislativmaßnahmen zu einem nachhaltigen Finanzsystem wird vom VCI geteilt. Die UN Nachhaltigkeitsagenda sollte aber mehr als nur aus der Perspektive der Entwicklungszusammenarbeit betrachtet werden.



6. VCI-Bewertung des Europawahl-Programms 2019 der AfD: „Für ein Europa der Freiheit“

ZUSAMMENFASSUNG

Die Grundtonalität gegenüber der EU und der europäischen Gesetzgebungskompetenz ist grundsätzlich sehr kritisch und zieht sich durch das gesamte Wahlprogramm der AfD. Kritisiert werden das undemokratische und bürokratisierte EU-Konstrukt sowie eine mangelnde Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips. Die Forderung nach einer umfassenden Reform der EU besteht hauptsächlich aus einer Rückverlagerung der Kompetenzen an die Mitgliedsstaaten und einer Abschaffung der Entscheidungsmacht der EU-Institutionen. Die Drohung eines DEXIT zeigt den Widerwillen, sich konstruktiv in die Debatte über die Zukunft der EU hineinzubegeben.

Ein Zusammenwirken über multinationale Staatsverträge betrachtet die AfD nur bei wenigen Aufgaben als sinnvoll, wie die Schaffung eines möglichst unbehinderten Binnenmarkts oder die Entgegensetzung von protektionistischen Handelsbewegungen. Es fehlen konkrete Vorschläge für eine kohärente Industriestrategie. Das AfD-Wahlprogramm enthält darüber hinaus hauptsächlich Forderungen, etwas zu unterlassen und liefert bloß wenige konstruktive, sachpolitische Alternativvorschläge. Viele der gegenwärtigen Herausforderungen in den Bereichen Umwelt, Klima oder Nachhaltigkeit bleiben zudem unberücksichtigt, daher bietet der Politikansatz der AfD der Industrie nur wenige adäquate oder zukunftsorientierte Lösungen an.

1. Zukunft Europas

Die AfD möchte die Nationalstaaten stärken und ein Zusammenwirken über multinationale Staatsverträge nur bei Aufgaben, bei denen eine europäische Erledigung sinnvoller sei. Einen möglichst uneingeschränkten Binnenmarkt mit fairem Wettbewerb zählt die AfD formal hinzu. Dabei sieht sie aber Einschränkungen bei der Personenfreizügigkeit und Niederlassungsfreiheit vor und fordert weitreichende Kompetenz-Rückübertragungen auf die nationale Ebene. Die institutionellen Reformvorschläge würden das Wohl Deutschlands gefährden, den Binnenmarkt aushöhlen und das europäische Integrationsprojekt zerstören. Der VCI bekennt sich zum Binnenmarkt mit seinen Grundfreiheiten und der Integrationsleistung, die dieser in Europa erbringt.



2. Industriepolitik

Konkrete Vorschläge für eine kohärente EU-Industriestrategie fehlen. Vereinzelte Kritikpunkte an aktuellen EU-Initiativen können einen Ausgangspunkt für einen Dialog bilden. Die AfD verfolgt primär nationale industriepolitische Lösungen. Viele globale Herausforderungen lassen sich aber nur in enger europäischer Zusammenarbeit angehen. Die Verfolgung der



präsentierten EU-Reformvorstellungen (siehe Kapitel Zukunft Europas) sowie Drohungen z.B. mit dem DEXIT hätten dramatische Auswirkungen auf das Umfeld, in dem die Chemie- und Pharmaindustrie tätig ist und würde deren weltweite Wettbewerbsfähigkeit massiv gefährden.

3. Handelspolitik

Die AfD erkennt richtigerweise den Bedarf protektionistischer Maßnahmen entgegenzuwirken. Weiterhin scheint die AfD zwar für einen offenen und regelbasierenden Welthandel zu sein und stellt auch die Kompetenz der EU für Handelsverhandlungen nicht in Frage. Allerdings spricht sie sich für eine Ratifizierung durch alle nationalen Parlamente aus und damit gegen das Urteil des EuGH. Insgesamt spricht die AfD für die Wirtschaft relevante Themen an, es bleibt aber vage, was auf welcher Ebene (EU oder national) mit welchen Instrumenten erreicht werden soll.



4. Energie- und Klimapolitik

Während der Politikansatz per se keine Aspekte gegen die Industrie beinhaltet, fehlt es an konstruktiven Alternativvorschlägen, wie die Industrie ihre Wettbewerbsfähigkeit in einem zunehmend schärferen globalen Umfeld aufrechterhalten kann. Durch die fehlende Anerkennung derzeitiger Herausforderungen, wie z.B. den menschengemachten Klimawandel, fehlt es der AfD an klimapolitischen Lösungskonzepten. Auch die Energiepolitik zeichnet sich durch die politische Bestrebung aus, den Status-Quo beizubehalten, anstatt zukunftsorientierte Maßnahmen und Lösungen voranzutreiben.



5. Umweltpolitik

Der umweltpolitische Politikansatz beschränkt sich auf wenige Aspekte und es fehlt grundsätzlich an Positionen mit direktem Industriebezug. Aufgrund der Forderung, alle Zuständigkeiten von der EU unter Beachtung des Subsidiaritäts-Prinzips zurückzufordern, fehlt es an vielen Stellen an proaktiven oder konstruktiven Vorschlägen zu zukunftsorientierten Themen, wie der zirkulären Wirtschaft.



6. Gesundheitspolitik

Die AfD verfolgt eine rein nationale Gesundheitspolitik und ist gegen jeglichen europäischen Ansatz. Zudem bemüht sich die AfD lediglich um das Wohl der einheimischen Bevölkerung. Die Gesundheit geht aber darüber hinaus. Bezüglich einer Optimierung des Gesundheitssystems spricht



sich die AfD lediglich gegen Privatisierungen von Krankenhäusern und gegen den freien Versand rezeptpflichtiger Arzneimittel aus.

7. Landwirtschaftspolitik

Die AfD verfolgt eine nationale Landwirtschaftspolitik. Der steigende Bedarf an Lebensmitteln wird zwar angesprochen, jedoch zeigt die AfD hierfür keine konstruktive Lösung auf. Innovative Ansätze werden dabei außer Acht gelassen.



8. Forschungs- und Innovationspolitik

Der VCI sieht es als positiv an, dass die AfD Forschung und Innovation als europaweite Aufgabe anerkennt und sich für eine politische und ideologische Neutralität einsetzt. Allerdings wird in keiner Weise das Europäische Forschungsprojekt Horizont 2020/Horizont Europa angesprochen, was für die Forschungs- und Innovationspolitik sowohl national als auch auf europäischer Ebene von hoher Wichtigkeit ist, da die europäische Forschungsförderung schon einen Mehrwert im Vergleich zur Summe der Forschungsförderung nur durch die Mitgliedsstaaten besitzt.



9. Digitalisierungspolitik

Die kritische Grundeinstellung der AfD kommt in ihrem defensiven Politikansatz deutlich zum Ausdruck. Anstatt die Potenziale eines Digital Binnenmarkts proaktiv auszuschöpfen, begrenzen sich die Vorschläge weitgehend auf die Wahrung der uneingeschränkten Freiheitsrechte der Bürger im digitalen Raum. Insgesamt wollen sie die regulatorischen Eingriffe seitens der EU möglichst begrenzen, u.a. um bürokratische Rechtsrisiken zu minimieren. Einzig für die gemeinsame Förderungen digitaler Forschungs- und Entwicklungsprojekten erkennen sie einen europäischen Mehrwert an.



10. Verkehrs- und Infrastrukturpolitik

Die AfD ist der Meinung, dass die derzeitige EU-Politik den Individualverkehr für die Masse der Bevölkerung abschaffen sollte und lehnt jegliche Fahrverbote oder subventionierte Umstiege auf eine E-Mobilität strikt ab. Dem Programm sind (bis auf den Ausbau der Rheinschiene) wenige Visionen für die Anpassung europäischer Verkehrssysteme an derzeitige Herausforderungen zu entnehmen.



11. Nachhaltigkeitspolitik

Die AfD setzt keinen Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit und thematisiert den Aspekt nur punktuell für die Forstwirtschaft. Es fehlt somit an jeglichen wirtschaftspolitischen Konzepten oder Visionen zur horizontalen Ausgestaltung von Nachhaltigkeit.

